



MARCEL FRATZSCHER

Das goldene Sparschwein

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Bundesregierung steckt mal wieder in einem finanziellen Dilemma: Auf der einen Seite klafft eine Haushaltslücke, auf der anderen Seite wächst der Druck, entschlossen zu handeln und Geld in die Hand zu nehmen, um die Wirtschaft zu stützen und Bürger*innen angesichts der hohen Energiekosten infolge des Iran-Kriegs zu entlasten. Was tun? Derzeit werden die schlechtesten Antworten auf dieses Dilemma diskutiert, darunter Steuererhöhungen und Kürzungen bei öffentlichen Investitionen. Beides wäre wirtschaftspolitisch grob fahrlässig. Bleibt noch die Schuldenbremse. Das Grundgesetz erlaubt es, in einer außerordentlichen Notsituation von der Regel abzuweichen. Zum einen aber ist fraglich, ob eine Mehrheit dafür zustande kommt; die innere Zerrissenheit der Regierungskoalition in Haushaltsfragen ist bekannt. Zum anderen würde eine einmalige Ausnahme nur wenig Flexibilität kaufen. Was passiert, wenn die Energiekosten weiter explodieren und die Wirtschaft in eine tiefere Rezession gleitet?

Es gibt eine deutlich bessere Option: Die deutschen Goldreserven sind atemberaubend groß. Mit rund 3 352 Tonnen Feingold verfügt Deutschland über die zweitgrößten Goldreserven der Welt – übertroffen nur von den Vereinigten Staaten. Bei einem heutigen Spotpreis von etwa 4 750 US-Dollar pro Feinunze und einem Euro-Dollar-Kurs von rund 1,17 ergibt sich ein Marktwert von annähernd 438 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Noch Ende 2024 wies die Bundesbank diesen Bestand mit gut 270 Milliarden Euro in ihrer Bilanz aus. Allein seit Jahresbeginn 2025 hat das Gold der Bundesbank also einen Wertzuwachs von mehr als 160 Milliarden Euro erfahren.

Einen Teil dieser Reserven zu liquidieren, wäre kein Tabubruch, sondern ökonomisch vernünftig. Zuerst, weil selbst der Verkauf von nur einem Viertel der Goldreserven mehr als 100 Milliarden Euro generieren würde – das ist genug, um die notwendigen Entlastungsmaßnahmen zu finanzieren und der Bundesregierung obendrein einen mehrjährigen Puffer zu geben, falls die Krise sich hinzieht. Zweitens, weil sich die Goldpreise derzeit auf historischen Rekordniveaus befinden. Es ist schlichtes kaufmännisches Denken, bei solchen Preisen zumindest einen

Teil der aufgelaufenen Buchgewinne zu realisieren. Wer sein gesamtes Vermögen in einem einzigen Asset konzentriert belässt, handelt fahrlässig.

Kritiker wenden ein, dass Goldreserven Vertrauensanker und notwendig sind, damit Notenbanken in Krisenzeiten die Währung und damit die Geldwertstabilität sichern können. Das Argument ist zwar richtig, nur zeigen wissenschaftliche Studien, dass die Bundesbank dafür nur einen Bruchteil der Reserven benötigt. Außerdem, so ein weiteres Gegenargument, sollte das Gold der Bundesbank nicht die Fehler der Finanzpolitik ausgleichen müssen. Dies ist ein ordnungspolitischer Gedanke, der zu kurz greift: Ein Teil der Goldreserven sollte lediglich zur Bekämpfung der gegenwärtigen Krise genutzt werden, nicht zur dauerhaften Finanzierung staatlicher Defizite. Und man könnte auch umgekehrt fragen: Wann und unter welchen Umständen wollen diese Kritiker jemals zulassen, dass Gold der Bundesbank verkauft wird? Niemals? Dann wäre das deutsche Gold in den Tresoren wertlos.

Eingewendet wird auch, der Vorschlag eines Teilverkaufs der deutschen Goldreserven unterminiere die Unabhängigkeit der Bundesbank. Doch das ist nicht der Fall. Es geht hier um eine ökonomische Überlegung, nicht um ein rechtliches Argument. Die Bundesbank ist unabhängig, die Entscheidung liegt allein bei ihr.

Deutschland sitzt auf einem der größten öffentlichen Vermögen Europas. Dieses Vermögen hat in wenigen Monaten mehr an Wert gewonnen, als der gesamte Bundeshaushalt an sozialen Transferleistungen ausgibt. Und gleichzeitig fehlt das Geld für Entlastungen und die Krisenbekämpfung. Das ist kein Naturgesetz, es ist eine politische Entscheidung – und zwar eine, die dringend überdacht werden sollte.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 8. Mai 2026 zuerst online bei Der Zeit erschienen.

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 20. Mai 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Teresa Schildmann, Ph.D.

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787